

Diese Hauptstrategien wurden entsprechend der Quellenlage und des zu beschreibenden Gegenstandes der einzelnen Kapitel in verschiedenen Kombinationen angewandt. Weitere Strategien wie die doxographische, die Problem- und Ideengeschichte rekonstruiert und die theorien- und methodengeschichtlichen Strategien sind ebenfalls, aber seltener und impliziter, in der Darstellung enthalten, als die vorher genannten und beschriebenen.

2. Entwicklung - allgemeine historische Rahmenbedingungen

In diesem Kapitel wird auf allgemeine historische Rahmenbedingungen eingegangen, die als wissenschaftsexterne Bedingungen die Psychologie in Deutschland und in Spanien beeinflusst haben. Entwicklungen, Institutionalisierungen und Beziehungen auf nationaler und internationaler Ebene in der Wissenschaft geschehen nicht unabhängig vom gesellschaftlich-historischen Kontext, da sie durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Ereignisse befördert oder gehemmt werden können (Jaeger, Staeuble, Sprung & Brauns, 1995). Aus diesen Gründen wird ein kurzer Abriss der Zeitgeschichte mit ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in Deutschland und in Spanien vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dargestellt. Unter diesem Aspekt wird auf die Universitäten als ursprüngliche Zentren der Wissenschaft und der Wissenschaftsbeziehungen und unter ihnen auf die Universitätsstädte Berlin, Madrid und Barcelona besonders eingegangen, um eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe für die Hinwendung Spaniens zu Deutschland und Deutschlands zu Spanien, die sich auf die Psychologiebeziehungen auswirkten, werden ebenfalls thematisiert.

2.1 Zeitgeschichtlicher Kontext - Deutschland im ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts

Das Zeitfenster, durch das der Blick auf die Geschichte fällt, umfaßt den Zeitraum des deutschen Kaiserreiches (1871-1918), der Weimarer Republik (1918-1933), des Nationalsozialismus (1933-1945) bis zur Teilung Deutschlands in zwei deutsche Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik. Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 durch Otto von Bismarck (1815-1898) wurde ein Nationalstaat unter der Hegemonie Preußens geschaffen, den zunächst Wilhelm I. (1797-1888) als preußischer König und deutscher Kaiser nach außen vertrat. Die Reichsgründung beendete die territoriale Zersplitterung und ebnete den Weg zur Entwicklung einer Großmacht. Nach dem Ende des deutsch-französischen Krieges 1871 ermöglichten die französischen Reparationszahlungen in Höhe von 5 Milliarden Franc (4,2 Milliarden Goldmark) eine stürmische Entwicklung von Industrie, Handel und Großbanken. Es wurden neue Energiequellen und Industriezweige erschlossen. Die Entwicklung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens schuf neue Voraussetzungen für die Weltwirtschaft und den Welthandel. Die Herausbildung eines nationalen Marktes, die Vereinheitlichung der Gewerbe, Handels- und Währungsgesetzgebung und der staatliche Schutz für die Interessen der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt begünstigten die volle Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und den Anschluß an die älteren Industrienationen wie England und Frankreich. Deutschland wurde zur führenden Industriemacht Europas: auf dem Sektor der Eisen-, Stahl- und Maschinenbauindustrien holte Deutschland England ein, in der Chemie- und Elektroindustrie wurde es führend. Zwischen 1870 und 1913 versechsfachte sich die industrielle Produktion im Deutschen Reich (Nipperdey, 1990). Parallel zur industriellen Entwicklung kam es zur Erneuerung und Vereinheitlichung des Rechts, z. B. der bürgerlichen und der Strafgesetzgebung, sowie der Wirtschaft, was sich u. a. in der Einführung der Deutschen Industrienorm (DIN) zeigte. Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands waren wissenschaftlich-technische, politische und soziale Veränderungen verbunden. Folgen dieser Entwicklungen waren, daß die

Bevölkerungskurve und der allgemeine Lebensstandard steil anstiegen. Im Laufe des Industrialisierungsprozesses wurden die Klassen- und Schichtunterschiede gegenüber der agrarisch-feudalen und vorindustriellen Gesellschaft differenzierter. Die beschleunigte Entwicklung von Industriegebieten und die damit verbundenen Migrationsprozesse vom Land in die Städte schufen die sozialökonomischen Voraussetzungen für die Herausbildung eines Industrieproletariats aber auch des Kleinbürgertums, der Angestellten und des Mittelstandes. Die zentrale Rolle in Wirtschaft, Stadtgesellschaft und Kultur spielte das Bürgertum, vor allem Wirtschafts- und Bildungsbürger; obwohl der preußisch geführte Staat weiterhin den Adel und das Militär privilegierte. Die Bürgerschaft geriet zwischen dem noch politisch mächtigen Adel und dem aufstrebenden Proletariat in eine Position, in der ein politisches Arrangement mit den alten Eliten nahelag. Diese Verbindung stellte die Weichen für den weiteren Verlauf der Geschichte, insbesondere während der Weimarer Republik und des Dritten Reiches. Otto von Bismarck, seit 1862 zunächst preußischer Ministerpräsident und Außenminister, wurde 1871 Reichskanzler. Er verfolgte mit seiner Innenpolitik neben der Erhaltung des monarchistisch-obrigkeitlichen Staates vor allem die an Wachstum und Konkurrenzfähigkeit orientierten Interessen der deutschen Wirtschaft. Gegen die erstarkende sozialistische Arbeiterbewegung wurden 1878 die Sozialistengesetze erlassen (Wolter, 1989). Zugleich wollte Bismarck durch staatliche Einrichtungen und Leistungen die Ursachen sozialer Revolutionen entschärfen und eine Loyalität der Massen gegenüber ihrem Staat schaffen: Von 1883 bis 1889 wurden die Gesetze zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung erlassen (Nipperdey, 1990). In diesem Zeitraum kam es auch zu Veränderungen der Selbstverwaltung und des Wahlrechts (Salewski, 1993). Nach Bismarcks Entlassung als Reichskanzler 1890 durch Wilhelm II. (1859-1941) wurde die imperiale Politik des Deutschen Reiches fortgesetzt, die auf Großmachtsansprüchen basierte. Wilhelm der II. beanspruchte für Deutschland einen „Platz an der Sonne,“ (Kinder & Hilgemann, 1991). Um nach England und Frankreich auf den dritten Platz unter den großen Kolonialmächten der Welt aufrücken zu können, kaufte die deutsche Reichsregierung kurz vor der Jahrhundertwende von der Regierung des Königreichs Spanien die pazifischen

Inselgruppen der Karolinen und Marianen. 1914 lösten die machtpolitischen Gegensätze in Europa, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich sowie Deutschland und England den I. Weltkrieg 1914-1918 aus. Im Oktober 1918, als die Niederlage Deutschlands absehbar war, wurde vom ehemaligen Chef der Obersten Heeresleitung, General Erich Ludendorff (1865-1937), eine Regierungs-umbildung durchgesetzt. Engelmann (1977) folgend, sollte die neue Regierung den I. Weltkrieg als endgültig verloren erklären und um Waffenstillstand bitten. Die Dynastie Wilhelm II. endete mit dem Übergang in eine parlamentarische Demokratie, die erstmals die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag berücksichtigte. Prinz Max von Baden (1867-1929), ein gemäßigter Liberaler, bildete ein neues Kabinett aus SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), katholischem Zentrum und bürgerlichen Demokraten. Während der Novemberrevolution 1918 griff der Kieler Matrosenaufstand nach Berlin über. Die gesamte Industriearbeiterschaft Großberlins verlieh ihrer Forderung nach Beendigung des Krieges durch Massendemonstrationen Ausdruck. Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert (1871-1925) ließ sich von Prinz Max von Baden zum neuen Reichskanzler ernennen, nachdem die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. bekanntgegeben wurde. Weder die Abdankung des Kaisers noch die Bitte Friedrich Eberts um „Ruhe und Ordnung,, fand bei den aufständischen Arbeitern Gehör. In dieser revolutionären Situation wurde von dem Sozialdemokraten Philipp Scheidemann (1865-1939), die deutsche Republik und von dem Arbeiterführer Karl Liebknecht (1871-1919) die freie sozialistische Republik Deutschland proklamiert.

Die politischen Rahmenbedingungen wurden der jungen Weimarer Republik u. a. durch den im Januar 1919 zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern unterzeichneten Friedensvertrag von Versailles diktiert. Innenpolitisch wurden ebenfalls im Januar 1919 die Weichen gestellt: Mit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs (1870-1919) zerbrach der sozialistische Revolutionsversuch in Deutschland. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung verfehlten die beiden sozialdemokratischen Parteien SPD und USPD die absolute Mehrheit. Es entstand die Weimarer Koalition, ein Mitte-Links-Regierungsbündnis, das 1918 bereits erfolgreich erprobt worden war. Damit hatte die Republik einen Sieg errungen. Es war aber kein von Sozialisten

getragener Staat, sondern eine parlamentarische Demokratie bürgerlicher Prägung. Die innere Verwaltung des wilhelminischen Obrigkeitsstaates blieb nahezu unverändert. Vor allem SPD, Zentrum und die gemäßigten bürgerlichen Parteien unterstützten die Weimarer Republik. Das national gesinnte Bürgertum und die Reichswehr standen der Republik ebenso ablehnend gegenüber wie die extreme Rechte und Linke.

Das Jahrzehnt, das der Weimarer Republik bis zum Ende der parlamentarischen Demokratie beschieden war, ging als die „goldenen Zwanziger“, in die deutsche Geschichte ein. Dabei war die wirtschaftliche Situation und die Lage auf dem Arbeitsmarkt, abgesehen von kurzen Perioden der Besserung, besonders für die unteren Schichten sehr schwierig. Proletarier, Kleinbürger und Mittelstand verarmten infolge der Inflation, die im Winter 1923/1924 ihren Höhepunkt erreichte. Von der Inflation profitierten einige Industriemagnaten sowie Großgrundbesitzer und Banken. Von 1919-1933 gab es 20 Reichsregierungen und rund 100 Kanzler und Reichsminister. Die „goldenen Zwanziger“, gingen mit einer weiteren Rechtswendung großer Teile des Bürgertums und einer anhaltenden Wirtschaftskrise einher (Engelmann, 1971). Mit Hilfe führender Industrieller, der meisten Vertreter der alten Eliten aus Adel und Militär und begünstigt durch die Uneinigkeit der Arbeiterparteien KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) und SPD sowie der Gewerkschaften wurde Adolf Hitler (1889-1945) 1933 Reichskanzler. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten führte mit der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur zur Auflösung der Weimarer Republik. Mit dem im März 1933 verabschiedeten Ermächtigungsgesetz wurde der föderalistische Aufbau des Staates zerschlagen und Hitler zum Diktator des Dritten Reiches erhoben. Die Beamtenschaft unterschied sich kaum von der in der Weimarer Republik. Grundlagen des nationalsozialistischen Rechts waren der Wille des Führers und die nationalsozialistische Weltanschauung. Politisch mißliebige Personen und nichtarische Beamte wurden bereits 1933 mit Hilfe des Gesetzes „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, entlassen (Kinder & Hilgemann, 1991). Der Terror der SS (Schutzstaffel) und SA (Sturmabteilung) wandte sich gegen die noch aktiven Reste der sozialistischen Parteien. Wissenschaft, Kunst

und Literatur, die nicht dem völkischen Blut- und Boden-Kult und dem Führerprinzip dienten, wurden als „Zersetzung“, stigmatisiert und bekämpft. Ein Höhepunkt des Kampfes gegen „Zersetzung“, war die inszenierte Bücherverbrennung am 10.05.1933. Der Marsch zur Bücherverbrennung in Berlin begann in der Oranienburger Straße in genau jenem Haus, wo sich bis 2003 das Psychologische Institut der Humboldt-Universität befand. Heinrich Heines Worte, daß dort, wo man Bücher verbrennt, am Ende auch Menschen verbrannt werden, erwiesen sich als bittere Realität. Gegner des faschistischen Regimes wurden in Konzentrationslager verschleppt. Zwischen 1933 und 1939 wurden mehr als 225000 Frauen und Männer aus politischen Gründen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt. Über eine Million Deutsche kamen in den ersten sechs Jahren der Naziherrschaft in Konzentrationslager. Die schrittweise Entrechtung von Minderheiten aus ideologischen Gründen mündete in einer beispiellosen Vernichtungsmaschinerie. Bereits seit der Machtergreifung durch Hitler organisierte sich der Widerstand während des Dritten Reiches. In fast allen Betrieben gab es geheime Zellen von SPD und KPD, Mitglieder der „Bekennenden Kirche“, um den Theologen Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), Sohn des Psychiaters Karl Bonhoeffer, gingen ebenfalls in den Widerstand. Führende Vertreter der deutschen Intelligenz, des liberalen Bürgertums und aus KPD und SPD schlossen sich 1936 zu einem „Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“, in Paris zusammen. Sie beteiligten sich an der Aufstellung und Ausrüstung der Internationalen Brigaden, die für die Verteidigung der Spanischen Republik im 1936 ausgebrochenen Spanischen Bürgerkrieg kämpften (Engelmann, 1977).

Vordringliches Ziel der NS-Außenpolitik wurde die Eroberung neuen Lebensraumes. Im Juli 1936 griff das nationalsozialistische Deutschland in den Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) ein und unterstützte gemeinsam mit dem faschistischen Italien unter Benito Mussolini (1883-1945) die Errichtung einer Miliärdiktatur unter Francisco Franco (1892-1975). Der Spanische Bürgerkrieg zeigte bereits die Grundkonstellationen des bevorstehenden II. Weltkriegs. Im Oktober 1936 schloß das Dritte Reich einen Freundschaftspakt mit Italien, die sogenannte Achse Berlin-Rom, und im November 1936 den „Antikomintern-

Pakt,, ein Bündnis zwischen Deutschland und Japan. Infolge des strategisch wichtigen Autobahnbaus und der immens gesteigerten Produktion in der Rüstungsindustrie war es Hitler gelungen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Es herrschte sogar ein Arbeitskräfte- und Rohstoffmangel. Auf der Führerkonferenz 1937 enthüllte Hitler seine Kriegspläne. 1939 kam es zum Ausbruch des II. Weltkrieges. Die deutsche Wehrmacht eroberte, nach der Okkupation des Sudetenlandes aus dem tschechischen Teil der Tschechoslowakei, Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland, landete in Nordafrika und stieß vor bis Ägypten. 1941 fiel sie in die Sowjetunion ein. Erst der Widerstand der Roten Armee im Kampf um Stalingrad leitete die Wende des II. Weltkrieges ein, der 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands endete. Die vier Siegermächte USA, UdSSR, Großbritannien und später Frankreich übernahmen die Regierungsgewalt. Das ehemals Dritte Reich wurde in vier Besatzungszonen eingeteilt. Die Teilung Deutschlands wurde besiegelt durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 und daraufhin die der Deutschen Demokratischen Republik.

2.1.1 Die deutschen Universitäten

Während des 19. Jahrhunderts kam es einhergehend mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in Deutschland auch an den Universitäten zu Wachstum, Modernisierung und Organisationswandel. Die Universitäten bildeten die staatstragende Schicht mit Beamten und freien Berufen aus, die für die bürgerliche Gesellschaft repräsentativ war und neben Adel, Militär, Großgrundbesitzern und Großbourgeoisie zu den Führungseliten gehörte. Mit der Industrialisierung änderte sich die Bedeutung der Wissenschaften und damit die der Universitäten. Sie wurden für Technik, Produktion und Organisation bedeutend und durchdrangen stärker die soziale und kulturelle Lebenswelt. Handel, Technik und Industrie verlangten deutlicher nach Fachkräften. Wirtschaftliche Erfordernisse ließen neben Neugründungen von Universitäten auch Technische Hochschulen, Handelshochschulen und Fachhochschulen

entstehen (Böhm, 1983). Die Universitäten blieben jedoch weiterhin die treibende Kraft für Wissenschaft und Forschung. Sie waren staatliche und gleichzeitig sich selbst verwaltende Einrichtungen: von der Kirche und später vom Staat gegründet, finanziert und verwaltet. In Lehre und Forschung waren sie weitgehend autonom. Der studentische Zugang wurde durch Zulassungsordnungen geregelt. Voraussetzung für ein Universitätsstudium war seit 1788 das zuerst in Preußen eingeführte Abitur (Boehm & Müller, 1983). Der Staat setzte Aufgaben und Rahmenbedingungen der Universitäten und bestimmte die Einrichtung von Lehrstühlen, Instituten und Prüfungsordnungen. Die Berufung der Professoren wurde in Zusammenarbeit zwischen den Fakultäten und dem zuständigen Minister geregelt, wobei der Einfluß des Ministeriums im Konfliktfall entscheidend war. Über die inneren Angelegenheiten bestimmten die Universitäten selbst. Dabei galt Freiheit der Wissenschaft, der Forschung, der Lehre und des Lernens. Die finanziellen Leistungen des Deutschen Reiches für das Universitäts- und Hochschulwesen stiegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts überproportional an. In Preußen wuchsen die Ausgaben für die Universitäten von 9,6 Millionen (1882) auf 27 Millionen Mark (1914). Der Staat verfolgte eine wissenschafts- und hochschulfreundliche Politik. Internationale wie nationale Wissenschaftsgeltung, industrie- und regionalpolitische Motive und die föderalistische, interuniversitäre Konkurrenz stützten seine Bereitschaft zur Expansion und Leistungssteigerung der Universitäten beizutragen. Neben externen führten auch interne Bedingungen zur Ausbreitung und Differenzierung der Wissenschaften an den Universitäten. Es kam zur Professionalisierung und Spezialisierung in verschiedene Fachgebiete, was Folgen für das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Bildung hatte. Aus dem Humboldtschen Ideal von Bildung durch Wissenschaft wurde Wissenschaft als Beruf. Die Spezialisierung unterhöhlte die Bildungsidee von Universalität. Der Ethos der wissenschaftlichen Sachlichkeit entsprach nicht mehr den Ansprüchen auf Bildung und Orientierung (Nipperdey, 1990). Trotzdem erwies sich die Humboldtsche Universitätsidee als flexibel genug, um den wissenschaftlichen Fortschritt mitzutragen. Die fortschreitende Spezialisierung führte zu Neugründungen von Instituten, Kliniken, Seminaren und Lehrstühlen an den Universitäten und außeruniversitären

Einrichtungen (Boehm & Müller, 1983). Die Zahl der bezahlten Ordinarien stieg von 1870 bis 1909 vor allem in der Medizin, wo sie sich von 55 auf 120 und in den Naturwissenschaften von 7 auf 22, ungefähr verdreifachte. Bei den Geisteswissenschaften erhöhte sich die Zahl der Ordinarien von 20 (1870) auf 48 (1909). Zwischen 1869 bis 1914 wuchs die Zahl der Studenten auf das Vierfache. Besonders stark war der Anstieg in der Medizinischen und der Philosophischen Fakultät, zu der die Naturwissenschaften zählten (Nipperdey, 1990). Tabelle 1 zeigt eine Auswahl deutscher Universitäten und ihrer Studentenzahlen 1910-1926, entnommen aus der Statistik der Preußischen Hochschulen (1929).

Universität	Studierende SS 1910	Studierende SS 1914	Studierende SS 1923	Studierende SS 1926
Berlin	7399	8024	12622	8038
Bonn	3257	4524	2973	3510
Breslau	2376	2771	4179	2717
Frankfurt ¹	-	-	5032	2723
Göttingen	2352	2733	3053	2580
Greifswald	997	1456	1299	1055
Halle	2118	2624	2913	1770
Kiel	1801	2642	2082	1820
Köln	-	-	5270	4748
Königsberg	1325	1551	2077	1666
Marburg	2061	2464	2355	2275
Münster	1934	2082	2915	2532
Gesamtzahl Studierender	25620	30871	46770	35434

Tabelle 1: Deutsche Universitäten und ihre Studentenzahlen 1910-1926

Deutlich wird an dieser Übersicht, die Zunahme der Studentenzahlen von 1910 bis 1914 an allen deutschen Universitäten. Im Zeitraum zwischen 1923 und 1926 verringerten sich die Studentenzahlen. Berlin hatte während des gesamten Zeitraumes die größte und zahlenmäßig stärkste Universität mit den höchsten Studentenzahlen. Sie spielte als Hauptstadtuniversität und wissenschaftliches Zentrum Europas seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine besondere Rolle.

¹ Die Studentenzahlen der neugegründeten Universitäten in Frankfurt am Main und in Köln erscheinen in der Tabelle erst seit dem Sommersemester 1923. 1914 war das Gründungsjahr der Universität in Frankfurt am Main, heute Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt. Sie war

2.1.2 Die Rolle Berlins

Berlin erlebte nach der Gründung des deutschen Reiches 1871 einen Aufschwung als Reichshauptstadt und aufblühende Großstadt mit einer bis zum I. Weltkrieg andauernden wirtschaftlichen Konjunktur (Nipperdey, 1990). Für Wissenschaftler und Studenten aus dem In- und Ausland besaß Berlin eine starke Anziehungskraft und trat in Konkurrenz mit anderen führenden europäischen Metropolen. Für viele Wissenschaftsdisziplinen war die Stadt, nicht nur im deutschen Sprachraum, Ausgangspunkt und Zentrum. Göttingen, Marburg, Tübingen, Leipzig, München und Wien waren ebenfalls attraktive Studienorte. Ziel einer akademischen Karriere war jedoch Berlin. Neben der wissenschaftlichen Attraktivität - Berlin hatte neben der Universität eine Vielzahl wissenschaftlicher Einrichtungen - spielte die kulturelle und politische Situation Berlins eine nicht zu unterschätzende Rolle. Als deutsche Hauptstadt galt sie als Inbegriff dessen, was als Kultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik später zu einem Mythos hochstilisiert worden ist (Buddensieg, Düwell & Sembach, 1987). Mittelpunkt des wissenschaftlichen Lebens war die 1809 im Zeichen des philosophischen Idealismus und Neohumanismus gegründete Friedrich-Wilhelms-Universität mit der Theologischen, Medizinischen, Juristischen und Philosophischen Fakultät. Die Friedrich-Wilhelms-Universität war die größte Universität Deutschlands mit den höchsten Studentenzahlen (vgl. Tabelle 1). Dieser Trend setzte sich während der Weimarer Republik fort. Im Wintersemester 1928/1929 waren 14000 Studenten immatrikuliert. Während der Zeit des Nationalsozialismus blieb die Berliner Universität mit ihrer exponierten nationalstaatlichen Einbindung politisches und wissenschaftliches Zentrum (Fischer, Hierholzer, Hubenstorf, Walther & Winau, 1994; Geißler & Popp, 1988; Hubenstorf & Walter, 1994). Was die Wissenschaft in Berlin während der Gründerzeit betrifft, beschreibt der Psychologe Eduard Spranger² wie folgt:

Berlin rückt entschiedener in die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit hinein. Seine Hochschule wird nicht nur de facto

durch Stiftungen die nach Berlin am besten finanziell ausgestattete Universität Deutschlands. Die Universität zu Köln wurde 1919 neugegründet (Boehm & Müller, 1983).

Reichsuniversität, sondern Weltuniversität. Die sozialen Probleme im Innern des Reiches beanspruchen bis zum ersten Weltkriege einen immer größeren Raum. Die Verflechtung mit der Weltwirtschaft tritt hinzu. Seegeltung und Kolonialerwerb bringen neue Fragestellungen mit herauf. Die Forschungsaufgaben in fremden Ländern werden zahlreicher (zit. nach Ziegler & Wüst, 1942, S. 2f.).

Universitätsinterne Auseinandersetzungen, wie der Antisemitismusstreit oder die Kontroverse um den sozialdemokratischen Physiker Leo Arons (1860-1919) deuteten schon im ausgehenden 19. Jahrhundert auf die enge Verflechtung zwischen der Berliner Universität und der Politik in der Hauptstadt hin. In der Weimarer Zeit schritt die institutionalisierte Spezialisierung der Wissenschaften, die Etablierung neuer Disziplinen und das Wachstum der Studentenzahlen rasch fort, ebenso die gesamtgesellschaftliche, auch die Universität erfassende politische Polarisierung. Angesichts der kritischen Arbeitsmarktlage entstand das sogenannte akademische Proletariat. Die Erfolge des Nationalsozialistischen Studentenbundes in Berlin erklären sich u. a. aus seinem Einsatz, die soziale Not während des Studiums zu mindern. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 wurden durch politisch und rassistisch motivierte Entlassungen an der Berliner Universität, im Vergleich zu anderen Universitäten im Dritten Reich, die stärksten personalen Eingriffe vorgenommen. Während sich außerhalb der Universität Widerstand gegen die Einrichtung des „Führerprinzips“, regte, fand innerhalb der Universität kaum wirksamer Protest statt. Nach dem II. Weltkrieg 1945 wurde die Universität unter den Linden der sowjetischen Militärverwaltung unterstellt und 1946 der Universitätsbetrieb wieder aufgenommen. Die ehemalige Technische Hochschule in Berlin Charlottenburg im britischen Sektor Berlins wurde 1946 als Technische Universität eröffnet. 1948 entstand die Freie Universität Berlin im Westteil der Stadt (Schönpflug & Brauns, 2003). Zwei politische Systeme und drei Berliner Universitäten, an denen man Psychologie studieren konnte, setzten die besondere Rolle fort, die Berlin als politisches und wissenschaftliches Zentrum seit dem 19. Jahrhundert spielte (Sprung & Schönpflug, 2003).

² Eduard Spranger war Philosophieprofessor und Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität.

2.2 Zeitgeschichtlicher Kontext - Spanien im ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts

Mehr als ein Jahrhundert spanischer Geschichte umfassen den Zeitraum der letzten Jahre der Isabellinischen Ära seit Mitte des 19. Jahrhunderts, der Ersten Republik (1873-1874), der Restauration der Bourbonendynastie (1875-1923), der Diktatur Primo de Riveras (1923-1930), der Zweiten Republik (1931-1936), des Spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) und der Franco-Ära (1939-1975). 1868 entbrannte nach dem Sturz von Isabella II. (1830-1904) durch die Generäle Juan Prim (1815-1870) und Francisco Serrano (1813-1882) erneut der Erbfolgestreit um die spanische Krone. Die durch ein *pronunciamento* (Militärputsch) an die Macht gekommene Provisorische Regierung ließ 1869 Wahlen durchführen, bei denen die monarchisch-demokratische Richtung siegte, die als Staatsform eine konstitutionelle Monarchie mit demokratischen Prinzipien vorsah (Bernecker, 1999). Während Serrano vorübergehend die Regierungsgeschäfte übernahm, suchte Prim nach einem geeigneten Monarchen. Als der preußische Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (1835-1905) den spanischen Thron fast schon sicher hatte, votierte Napoleon III. von Frankreich und löste damit den deutsch-französischen Krieg (1870-1871) aus. Amadeus von Savoyen, Herzog von Aosta (1845-1890), Sohn des italienischen Königs Victor Emmanuel II., wurde schließlich zum spanischen König gewählt. Während seiner Regierungszeit 1870-1873 gelang es ihm nicht, das Land innen- und außenpolitisch zu befrieden. Adel, Kirche, Liberale und Republikaner lehnten ihn ab. 1873 trat er zurück. Mangels Alternativen stimmte das Parlament für die Republik. Die Erste Spanische Republik (1873-1874) endete mit der Restauration der Bourbonenherrschaft. Alfons XII. (1857-1885), Sohn von Isabella II., wurde 1874 spanischer König. Mit der Wiederherstellung der Monarchie erfolgte zwar eine wirtschaftliche Stabilisierung des Landes, nicht aber die Lösung der innen- und außenpolitischen Konflikte. Spanien war am Ende des 19. Jahrhunderts im Zentrum ein teilweise mittelalterlich-feudalistisches Agrarland mit einer sich im Gegensatz zum übrigen Europa verzögert entwickelnden Industrie an der Peripherie. Noch in den 80er Jahren lag der Anteil der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen bei 72% - in

Deutschland waren es 1870 nur noch 50%. Die Agrarstruktur blieb bis zur Ausrufung der Zweiten Republik 1931 unverändert: feudal-agrarische Eigentumsverhältnisse mit hoher Konzentration des Landbesitzes, ein Übermaß an landwirtschaftlichen Arbeitskräften, Landflucht, wachsende Massenarmut, Hunger und Analphabetismus. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis 1910 verdoppelte sich die spanische Bevölkerung. Dabei nahm der Bevölkerungsanteil der innerländlichen Provinzen anteilig ab und der in peripheren städtischen Regionen zu. Die traditionelle Ständegesellschaft löste sich seit der Institutionalisierung der konstitutionellen Monarchie 1834 nur allmählich auf. Mit der Säkularisation der Kirchengüter erfolgte eine Besitzumschichtung, bei der die Kirche einen Großteil ihrer wirtschaftlichen, nicht aber ihrer ideologischen und politischen Macht einbüßte. Der Absolutismus wurde während der Regierungszeit Isabellas II. (1844-1868) politisch zwar überwunden, ökonomisch konnten sich aber noch keine kapitalistischen Verhältnisse herausbilden. Die neuen bürgerlichen Schichten inkorporierten sich in ein Werte- und Gesellschaftssystem, das sich am Adel orientierte. Es bildete sich eine Allianz zwischen Großgrundbesitzern, der entstehenden Finanz- und Industriebourgeoisie und dem besser situierten Mittelstand aus Freiberuflern und Bürokraten, den sogenannten Moderados. Während die Moderados ein Herrschaftsbündnis mit der Krone schlossen, um konstitutionell regieren zu können, wollten die Progressisten das Wahlrecht einer breiteren Schicht öffnen, weil vor allem die untere Mittelschicht der Städte ihre soziale Basis bildete. Die unüberwindbare Feindschaft zwischen den Progressisten und der Krone sowie das enge Zensuswahlrecht der Moderados verhinderten, daß die Progressisten über Wahlen an die Macht gelangen konnten. Deshalb versuchten sie es mit urbanen Aufständen, denen stets ein Teil des Militärs, das mit linksliberalen Vorstellungen konform ging, verbunden war. Diese Allianz unternahm während des gesamten 19. Jahrhunderts erfolgreiche *pronunciamentos* (Militärrevolten). Die föderalistischen Konzepte der republikanischen Bewegung trafen sich mit anarchistischen Vorstellungen, wobei die Idee des Bundesstaates mit der einer sozialen Revolution verbunden wurde. Die liberalen Veränderungen während des 19. Jahrhunderts hatten für die spanische Gesellschaft widersprüchliche Auswirkungen und blieben als schwelende

Konflikte bis ins 20. Jahrhundert erhalten: überholte Formen sozialer und politischer Organisation wurden zerstört und große Teile der städtischen Bevölkerung politisiert und mobilisiert. Darüberhinaus erfolgte eine Festigung der traditionellen Strukturen landwirtschaftlichen Eigentums und eine Konsolidierung der neu-alten Großgrundbesitzer als herrschende Gesellschaftsschicht (Bernecker, 2002). Das Wirtschaftsbürgertum blieb auf die Peripherie, zunächst vor allem in der Textilindustrie Kataloniens, konzentriert. Bedingt durch den Mangel an Eigenkapital war die Industrialisierung Spaniens stark von ausländischen Investitionen abhängig. Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten sich in Katalonien, Andalusien und Asturien Industriegebiete heraus, die zur Expansion einer Industriearbeiterschaft führten, welche sich als anarchistische Bewegung ab 1868 zu organisieren begann. Ihre Zentren waren der feudal-latifundistische Süden, in dem sich zunächst als archaische Sozialbewegung der andalusische Agrar- und Handwerkeranarchismus ausbreitete und der industrialisierte Nordosten, wo sich der katalanische Anarchosyndikalismus durchsetzte (Bernecker, 1984). Zwischen dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war der Anarchismus die einflußreichste Sozialbewegung in Spanien, besonders in Katalonien, Andalusien und Asturien. Das 19. Jahrhundert war von Spannungen zwischen autoritär-monarchischen, ländlich-katholischen, nationalistisch-konservativen und progressiv-bürgerlichen, städtisch-antiklerikalen und liberal-republikanischen Kräften in der spanischen Gesellschaft geprägt. Diese äußerten sich in Aufständen, Attentaten, Regierungswechseln und der Autonomiebewegung in Katalonien. 1898 hörte Spanien mit dem Verlust von Kuba, den Philippinen und Puerto Rico - außer in Westafrika - faktisch auf, als Kolonialmacht zu existieren. Spanien, einst riesiges Kolonialreich und stärkste Seemacht der Welt, verlor somit seine letzten überseeischen Besitzungen und den größten Teil seiner Kriegsflotte (Plate, 2000). Niederschlag fanden diese als Untergang des spanischen Weltreichs empfundenen Ereignisse in den Werken der 1898er Generation (s. 3.2.1). Sie forderte die Erneuerung der spanischen Gesellschaft und setzte sich mit den damaligen Verhältnissen besonders auf philosophischer Ebene auseinander. Die Restaurationsära (1875-1923) wurde nach 1898 durch die *semana tragica* (tragische Woche) des Sommers 1909 weiter

erschüttert: Der Krieg in Marokko, an dem 40000 spanische Reservisten gegen die Angriffe der Rifkabylen teilnehmen sollten, löste bei den Arbeitern Barcelonas Antikriegsdemonstrationen und einen Generalstreik aus. Dieser ging in einen Aufstand über, bei dem die Arbeiterschaft ihrem Antiklerikalismus und antikapitalistischen Kampf für die Republik Ausdruck verlieh. Während des I. Weltkrieges (1914-1918) blieb Spanien neutral. Die Belieferung der kriegführenden Seiten bescherte dem Land einen wirtschaftlichen Aufschwung: die Gewinne der Reedereien kletterten auf das Dreizehnfache, die der Banken vervierfachten sich. Chemie-, Textil-, Eisen- und Stahlindustrie entwickelten sich stärker und steigerten ihre Produktion. Die wirtschaftliche Prosperität führte nicht zu innenpolitischen Reformen. Sinkende Reallöhne, Inflation, Verarmung und Hunger kennzeichneten die Situation für die Mehrheit der Bevölkerung (Bernecker, 2002). Die seit dem 19. Jahrhundert andauernde Staatskrise äußerte sich in der Schwäche der konstitutionellen Monarchie, dem häufigen Wechsel der Regierungen, Autonomiebestrebungen Kataloniens und Spannungen zwischen einer konservativ-feudalen Oberschicht, die von Kirche und Armee unterstützt wurde, und einer radikalisierten Arbeiterschaft (Kinder & Hilgemann, 1991). 1923 kam es zu einem klassischen *pronunciamento* (Militärputsch) unter Miguel Primo de Rivera (1870-1930), Generalkapitän von Katalonien. Ohne gewaltsame Auseinandersetzungen und mit dem Wohlwollen von Alfons XIII. (1886-1941) kam es zur Bildung einer neuen Militärregierung, die 1925 in ein ziviles Kabinett umgewandelt wurde. Die Veränderungen in Spanien im dritten Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts gingen als die sogenannten *felices veinte* (die glücklichen Zwanziger), ähnlich wie in Deutschland die „goldenen Zwanziger,, in die Geschichte ein. Das Volkseinkommen und die industrielle Produktion stiegen an, die Arbeitslosigkeit verringerte sich. Öffentliche Gebäude, wie Schulen, Kinos und Theater wurden gebaut. Die Militärdiktatur unter Primo de Rivera wurde von den Spaniern als *blandadura* (weiche Diktatur) bezeichnet, denn unter friedlichen Bedingungen fand eine, wenn auch in ihrem Ausmaß beschränkte, Modernisierung statt (Plate, 2000). 1930 trat Primo de Rivera aufgrund politischer Differenzen mit der Geschäftswelt, den Adligen, den Intellektuellen und den Offizieren sowie wirtschaftlicher Probleme, die sich durch die Weltwirtschafts-

krise zuspitzten, zurück. Für Bernecker & Pietschmann (1997) war die Diktatur Primo de Riveras (1923-1930) die autoritäre Modernisierungs-variante zur Überwindung archaischer Verhältnisse mit dem Ziel, die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen Spaniens an das industrialisierte Europa anzupassen. Als demokratisches Modell dieses Modernisierungsversuches sehen sie die Zweite Republik (1931-1936) (Bernecker & Pietschmann, 1997). Der Zusammenschluß von Republikanern, Sozialisten und katalanischer Linke forderte außer Reformen die Errichtung einer Republik. Bei den Wahlen im April 1931 siegten die Republikaner. Die Zweite Republik wurde vom liberalen Bürgertum und den sozialistischen Arbeitern Kataloniens, Asturiens und des Baskenlandes gegründet. Die neue Regierung wollte mit ihrer liberalen Verfassung von 1931, angelehnt an die Verfassung der Weimarer Republik, eine Demokratie mit Grund- und Bürgerrechten, Religionsfreiheit, Trennung von Staat und Kirche sowie einen Einheitsstaat, der regionale Autonomie für Katalonien und das Baskenland zusicherte, schaffen. Politische Veränderungen sollten auf sozialer Grundlage und unter Berücksichtigung der Probleme des Volkes durchgesetzt werden. Die Zweite Republik wurde in Spanien als *República de Profesores* (Republik der Professoren) bezeichnet, womit die hohe Bewertung von Kultur und Bildung durch die Regierung und die große Anteilnahme und Partizipation der Intellektuellen an politischen Entscheidungsfindungen Ausdruck findet. Zur Schaffung eines laizistischen und liberalen Staates verabschiedete die Zweite Republik in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens 1931-1933, dem *bienio de reformas* (Reformbiennium), neben den Gesetzen zur Bildungsreform, Gesetze zur Agrarreform, Militärreform und das Verbot und die Enteignung des Jesuitenordens. Viele Reformmaßnahmen wurden in den folgenden zwei Jahren 1934-1935, dem *bienio negro* (Schwarzen Biennium), nicht weitergeführt oder zurückgenommen. Das Agrargesetz von 1932, das Grundbesitzenteignungen und Landverteilung an die Agrarbevölkerung durchsetzen sollte, wurde nicht weiter umgesetzt, so daß sich die Lage der Landarbeiter wieder verschlechterte und beschlagnahmtes Land an frühere Eigentümer zurückging. Die sozialistischen Agrargewerkschaften forderten daraufhin die soziale Revolution. Die Trennung von Staat und Kirche und die Beschneidung der kirchlichen Stellung im

Bildungssektor sowie der Antiklerikalismus führender Politiker bewirkten, daß die Kirche zu einem Sammelbecken der Reaktion wurde. Dazu gesellte sich ein Teil des Militärs, da mit der Militärreform eine Verringerung des Militäretats und die Unterordnung des Militärs unter zivile Institutionen durchgesetzt werden sollte. Ausschlaggebend für eine gesamtgesellschaftliche Polarisierung in Spanien wurde die Revolution in Asturien, der „spanische Oktober“, 1934 (Ballesteros, 1943). Sozialisten, Anarchosyndikalisten und Kommunisten schlossen sich zu einem Generalstreik zusammen, auf den die Regierung mit der Verhängung des Kriegszustandes in Asturien und Katalonien reagierte. Die Auseinandersetzungen der Parteien über die Liquidierung des Aufstandes führten in eine Regierungskrise. Die Rechte profilierte sich gegen separatistische Tendenzen, atheistischen Liberalismus und die bevorstehende Revolution. Die Linke sah mit Blick auf Deutschland und Italien auch in Spanien den heraufziehenden Faschismus und erkannte die Notwendigkeit zum Zusammenschluß, was die Bildung einer Volksfrontkoalition erleichterte. Die Wahlen im Januar 1936 endeten mit einem eindeutigen Sieg der Volksfront. Am Vorabend des Bürgerkrieges standen sich zwei politische Blöcke, die Volksfront, die sich aus Sozialisten, Kommunisten, Republikanischen Linken, regionalistischen Kräften und Anarchisten bildete und die Nationale Front, die sich aus katholischen Konservativen, Monarchisten, Rechtsrepublikanern und Faschisten zusammensetzte, gegenüber. Die Eskalation der politischen Auseinandersetzungen fand 1936 ihren Höhepunkt im Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges (Bernecker, 1984; 2002). Unter Führung des in Marokko stationierten Generals Francisco Franco kam es im Juli 1936 zu einem *pronunciamento* (Militärrevolte) gegen die demokratisch gewählte Volksfrontregierung. Mit militärischer Hilfe, vor allem durch das faschistische Deutschland, Italien und Portugal und die internationale Nichteinmischungspolitik gewann Franco den vier Jahre andauernden Bürgerkrieg (1936-1939) gegen die Republikaner, die von der Sowjetunion, Mexiko und den Internationalen Brigaden unterstützt worden sind. Der Spanische Bürgerkrieg endete 1939 mit der Errichtung einer totalitären Militärdiktatur unter dem *caudillo* (Führer) Francisco Franco (Fusi, 1992). Die meisten Produktionsstätten waren zerstört. Es mangelte an männlichen Arbeitskräften. 600000 Spanier emigrierten,

darunter Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle (Bernecker, López-Casero, Felipe Mansilla & Waldmann, 1982). 1940 war das Volkseinkommen auf den Stand von 1914 zurückgefallen. Besonders die 40er Jahre, in denen sich das Regime konsolidierte, waren von brutalen politischen Repressionen geprägt. Die katholische Amtskirche bildete eine tragende Säule der Francodiktatur. Die 50er Jahre gelten als Phase der konservativ-katholischen Institutionalisierung. Seit Beginn der 60er Jahre wurde die internationale Isolierung Spaniens aufgehoben. Rekordrenten, Produktionssteigerungen und Kredite aus den USA beförderten einen wirtschaftlichen Aufschwung (Bernecker, 1984). Francos Tod 1975 bedeutete noch nicht das Ende des Frankismus, war aber Auslöser für demokratische Reformen in der spanischen Gesellschaft. Mit *transición* (Übergang) wird in der Geschichtsschreibung der Übergang von der Francodiktatur zur parlamentarischen Monarchie bezeichnet. Sie ist ein Beispiel dafür, wie nahtlos das Hineinwachsen einer totalitären Militärdiktatur in ein westliches Demokratiemodell gelingen kann (Köhler, 1996).

2.2.1 Die spanischen Universitäten

Mit der 1857 erlassenen *Ley Moyano* (Moyano-Gesetz) wurde die allgemeine Bildungs- und Hochschulpolitik bis 1970 geprägt. Sie räumte der ohnehin mächtigen Katholischen Kirche ein Inspektionsrecht über die Ausbildung ein, die damit weiterhin den entscheidenden Einfluß von der Sekundarschulbildung bis in die Universitäten behielt - von Freiheit der Wissenschaft, der Lehre und des Lernens konnte nicht die Rede sein. Außerdem gehörte der Analphabetismus bis ins 20. Jahrhundert zu den dringendsten Problemen Spaniens: 1877 waren 75,5% der Spanier Analphabeten, 1900 (66,5%), 1910 (64%), 1931 (32,4%) (Bernecker, 1995; 2002). 1926 gingen nur 30% aller Schüler höherer Schulen in staatliche Schulen. Die Mehrzahl besuchte private oder religiöse Schulen, deren Qualität und Ausstattung besser waren (Rohlfing, 1931). Die verwaltungsmäßige Einflußnahme des Staates auf die Universitäten spiegelte sich im Hochschulgesetz von 1857 wider. Diese beinhaltete die Aberkennung einer eigenen

Vermögensverwaltung, die Ernennung des Rektors (meist auf Lebenszeit) der Dekane und der leitenden Universitäts- und Fakultätsausschüsse durch Staatspräsident, Ministerium oder Legislative, die Bestimmung der Lehrpläne und Lehrziele sowie die Verschmelzung von Berufs- und akademischem Examen in einem staatlich regulierten Universitätsexamen mit Verleihung akademischer Titel wie *médico* (Arzt), *abogado* (Anwalt) und *ingeniero* (Ingenieur). Dem Rektor einer Universität in Spanien unterstand nicht nur die Leitung der Universität, sondern das gesamte Schul- und öffentliche Bildungswesen eines Schulbezirks. Ursprünglich gab es eine Dreiteilung der Universitäten in die theologische, juristische und philosophische Fakultät. Die theologischen Fakultäten, die vor dem 19. Jahrhundert existierten, wurden an den Universitäten meist aufgehoben und ab 1868 in kirchliche Priesterschulen verdrängt. Der philosophischen Fakultät fiel eine vorbereitende Rolle für Studienanfänger in den anderen Fakultäten zu. Der zukünftige Richter, Priester oder Arzt mußte bis 1928 ein *año preparatorio* (Vorbereitungsjahr), d.h. literaturwissenschaftliche oder philosophisch-literarische Kurse vor seinen Fachstudien absolvieren. Für Forschung und Lehre an den Universitäten erwies sich als hinderlich, daß der *catedrático* (Lehrstuhlinhaber) neben seiner Lehr- und Forschungstätigkeit oftmals noch einer lukrativeren Tätigkeit als Arzt, Rechtsanwalt oder Oberlehrer nachgehen mußte. Mit einer Universitätsprofessur war soziales Prestige verbunden. Sie diente aber eher als Nebenbeschäftigung. Oft wurde ein *auxiliar* oder *suplente* (Hilfsassistent oder ständiger Vertreter) ernannt, der einen Teil der Vorlesungen übernahm. Jeder Professor gab bei niedriger Entlohnung stets denselben Jahreskurs von 3-6 Wochenstunden (Schröteler, 1934). 1860 studierten die meisten spanischen Studenten Jura (3755) und philologische Fächer (2240). Es folgten Medizin (1178), Pharmazie (544) und Ingenieurwissenschaften (489) (Bernecker, 1990). Nach Quelle (1929) gab es Anfang des 20. Jahrhunderts an fast allen spanischen Universitäten vier Hauptfakultäten, die juristische, die medizinische, die mathematisch-naturwissenschaftliche und die philosophische Fakultät. Das Interesse an Medizin und an naturwissenschaftlichen Studienfächern ist zwischen 1860 und 1925/26 sprunghaft angestiegen, wie Tabelle 2 zeigt (Quelle, 1929).

Fakultät	Studierende 1860	Studierende 1915-1916	Studierende 1925-1926
Facultad de Derecho (Juristische Fakultät)	3755	7244	7425
Facultad de Medicina (Medizinische Fakultät)	1178	5926	9618
Facultad de Ciencias (Mathematisch- naturwissenschaftliche Fakultät)	1033	3360	5882
Facultad de Filosofía y Letras (Philosophische Fakultät)	2240	2361	3161

Tabelle 2: Spanische Studenten, geordnet nach Fakultäten 1860-1926

Der größte Zuwachs an Studierenden war an den medizinischen Fakultäten zu verzeichnen, die 1925-1926 die Zahl der Jurastudenten übersteigt. Das wird noch deutlicher, wenn man die vorher erwähnten Studentenzahlen von 1860 hinzuzieht und mit denen von 1915-1916 und 1925-1926 vergleicht (vgl. Tabellen 2 und 3). Im Gegensatz zur Entwicklung der Universitäten in Deutschland (vgl. 2.1.1) wuchsen in Spanien die Studentenzahlen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ununterbrochen. Einen Einschnitt durch den I. Weltkrieg gab es nicht (Quelle, 1929). Ein weiterer Unterschied zu Deutschland bestand in der starken Verflechtung von Staat, Kirche und Universität in Spanien.

Universität	Studierende 1915-1916	Studierende 1925-1926
Madrid	7938	10958
Barcelona	3521	4217
Granada	1419	2555
Saragossa	988	2237
Valladolid	1802	2230
Valencia	1382	1902
Salamanca	836	1702
Santiago	1111	1490
Sevilla/ Cádiz	1001	1378/ 790
Murcia	895	1238
Oviedo	574	544
La Laguna	-	173
Gesamtzahl der Studierenden	21467	29282

Tabelle 3: Spanische Universitäten und ihre Studentenzahlen 1915-1926

Anfang des 20. Jahrhunderts existierten relativ gut ausgebaute administrative Strukturen an den 11 Universitäten Spaniens. Es fehlte nach Diehl & Weber (1993) an entwickelten Methoden, neuen Materialien, kritischen Vertretern und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Ordinarien in Deutschland hatten seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert gesicherte Einkünfte aus ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit, was für die Lehrstuhlinhaber an den Universitäten in Spanien nicht der Fall war. Wie in Deutschland stieg das Interesse der Studenten an Medizin und den natur-wissenschaftlichen Fächern auch in Spanien deutlich an. Diese Entwicklung setzte in Deutschland bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein. In Spanien vollzog sie sich etwa 50 Jahre später. In der Zeit der Zweiten Spanischen Republik (1931-1936) wurde die Unentgeltlichkeit der Grundausbildung, die Freiheit der Lehre, der Laizismus der Bildung, die Titelvergabe und der Unterricht in Kastilisch und anderen Sprachen in der Verfassung von 1931 verankert. Neben dem Ansatz der politischen Veränderung durch Bildung beinhaltete die Verfassung auch die Trennung von Staat und Kirche sowie Religionsfreiheit. 1932 wurde der Jesuitenorden verboten, zwei Universitäten und mehrere Konfessionsschulen geschlossen (Bernecker, 1995). Die Bildungspolitik der Zweiten Republik gründete sich auf zwei Traditionslinien: dem *crasismo* (Krausismus), einer philosophischen Richtung, die auf den Lehren des Spät-aufklärers Karl Christian Friedrich Krause (1781-1832) beruhte, und dem Erbe der 1898er Generation (vgl. 3.2.1). Der *crasismo* (Krausismus) wurde Mitte des 19. Jahrhunderts durch Julián Sanz del Río (1814-1869) in Spanien eingeführt. Sein Schüler Francisco Giner de los Ríos (1839-1915) gründete 1876 die *Institución Libre de Enseñanza* (Freies Erziehungsinstitut) als private Einrichtung, deren Denkmodell auf der Aufklärung beruhte und die Säkularisierung aller Lebensbereiche als Voraussetzung für die Schaffung eines rationalen Weltbildes und einer modernen Welt umfasste (Neuschäfer, 1998). Die Vertreter der 1898er Generation, wie Miguel de Unamuno (1864-1936) und Joaquín Costa (1846-1911), überdachten nach dem Verlust Kubas 1898, Spanien und seine Geschichte neu (vgl. 3.2.1). Sie stammten vor allem aus der Mittelschicht und hatten einen relativ leichten Zugang zu Kultur und Bildung, waren jedoch gezwungen, zu ihrer finanziellen Absicherung

journalistische Tätigkeiten auszuüben. Die 1898er Generation orientierte sich an europäischer Literatur und Philosophie, charakteristisch war ihre Hinwendung zum Volk und ihre Forderung nach einer wissenschaftlich-fundierte Bildung (Bernhofer, 1992). An diesem historischen Erbe setzten die Reformen 1931-1932 an. In den Jahren 1933-1934, den *bienio negro* (Schwarzes Biennium), wurden sie größtenteils wieder aufgehoben und 1936 während der Volksfrontregierung doch noch umgesetzt. Nach dem Bürgerkrieg (1936-1939) und der Militärdiktatur (1936-1975) unter Francisco Franco wurde an die progressive Bildungspolitik der Zweiten Republik erst wieder in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angeknüpft.

2.2.2 Die Rolle Madrids und Barcelonas

Wie die Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin war die Madrider Universität für Spanien die mit den höchsten Studentenzahlen (vgl. Tabellen 1-3). Madrid, seit 1561 Hauptstadt und Regierungssitz, war ebenso wie Berlin politisches, kulturelles und wissenschaftliches Zentrum Spaniens. Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts stiegen die Studentenzahlen innerhalb von zehn Jahren von 3521 (1915/1916) auf 7938 (1925/1926) an. Neben Madrid war Barcelona die wichtigste Metropole Spaniens: Handels-, Industrie- und Hafenstadt, Hauptstadt von Katalonien und geistiges Zentrum des Katalanentums. Auch in Barcelona gab es einen Anstieg der Studentenzahlen von 3521 (1915/1916) auf 4217 (1925/1926) (Quelle, 1929). Die Gründung der *Universidad Autónoma de Barcelona* (Unabhängige Universität) wurde in der Verfassung der Zweiten Republik 1931 verankert und realisiert. Ihre Neugründung, die zeitlich mit einigen Neugründungen deutscher Universitäten am Anfang des 20. Jahrhunderts zusammenfällt, ist vergleichbar mit der Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin im Jahre 1810. Sie bildete eine Ausnahme zu den anderen, noch mittelalterlich geprägten Universitäten Spaniens, die zu den ältesten Europas gehören.

2.3 Historische Verbindungen zwischen Deutschland und Spanien

Ohne auf eine traditionelle deutsch-spanische Freundschaft verweisen zu wollen, die Karl V. (1500-1558), einst deutscher Kaiser und spanischer König in Personalunion, als gemeinsamen Ahnherren postuliert, sollen hier die historischen Verbindungen zwischen Spanien und Deutschland seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe untersucht werden (Collado Seidel, 2000). Wie zu Zeiten Karl V. waren Spanien und Deutschland politisch durch gemeinsame Gegnerschaft zu Frankreich miteinander verbunden (Bernecker, 2002). In Absprache mit der spanischen Regierung sollte der preußische Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (1835-1905) auf den seit 1868 vakanten Königsthron in Spanien folgen. Nach Bekanntwerden dieser Absicht forderte Frankreich eine Entschuldigung und die Versicherung, nie einen preußischen Prinzen zum spanischen König zu krönen. Mit der Emser Depesche, der Bismarck die Bedeutung einer schroffen Zurückweisung gab und die der französische Kaiser Napoleon III. (1808-1873) nicht hinnehmen konnte, wurde 1870 der deutsch-französische Krieg entfesselt (Wolter, 1989). Währenddessen ging der Streit um die Thronfolge innerhalb Spaniens weiter. Spanien und Deutschland waren im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts gegen Frankreich und England politische Bündnispartner, deren Verbundenheit bis zum Ende des II. Weltkriegs anhielt. Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurde die Entwicklung von einem in Kleinstaaten geteilten Agrarland in einen Nationalstaat vollzogen, an dem sich Spanien - ebenfalls ein in 42 Regionen zersplittertes Agrarland - politisch, wirtschaftlich, ideologisch und kulturell orientierte.

Während des 19. Jahrhunderts entstand mit der Romantik eine stärkere Orientierung an Deutschland, die sich bis in das erste Drittel des 20. Jahrhunderts fortsetzte (Bernecker & Pietschmann, 1993). Die Säkularisierung Spaniens vollzog sich unter bewußter Hinwendung zu Deutschland, in der sich spanische Intellektuelle im Bewußtsein der erschütterten Rolle Frankreichs in Kultur und Bildung am Deutschen Reich orientierten. An dieser Orientierung beteiligten sich Vertreter unterschiedlichster politischer Richtungen. Spanische Traditionalisten

sahen in der Habsburger Ära (16.-18. Jahrhundert), in der Spanien eine Weltmacht war, die vergangene Blüte eines monarchistisch regierten Großreiches. Ende des 19. Jahrhunderts war Deutschland die aufstrebende Wirtschaftsmacht Europas, die mit einem beschleunigten ökonomischen Wachstum, die Industrialisierung nachholte und sich zu einem imperialistischen Staat entwickelte. Dagegen wurde der Verlust Kubas an die USA 1898 in Spanien als Trauma des eigenen Untergangs empfunden, was zu einer intensiven Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und einer Neuorientierung gegenüber Europa führte. Krauss (1972) beschrieb die 1898er Generation als *européizantes* (Europasucher), weil europäische Wissenschaft, Kultur und Bildung Spanien den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Aufschwung und damit Anschluß an die führenden Industrienationen Europas bringen sollte. "Die neuen Methoden des Auslands entwerfen den Zustand der hoch- und durchkapitalisierten Nationen als Wunschbild der spanischen Zukunft." (Krauss, 1972, S. 20). Die liberalen Vertreter der 1898er Generation wie José Ortega y Gasset (1883-1955) und Miguel de Unamuno (1864-1936) suchten eine nationale Identität in bewußter Auseinandersetzung mit anderen Kulturen zu entwickeln (Zantop, 1995). Während Unamuno eine Hispanisierung Europas favorisierte, um dem übrigen Europa den lebendigen Glauben und die religiöse Hoffnung zurückzugeben; war es bei José Ortega y Gasset ein Europa-Ideal. Er ging davon aus, daß die europäische Einheit nicht bloße Phantasie, sondern vielmehr eine Realität sei, während gerade umgekehrt, die Annahme, Frankreich, Deutschland, Italien oder Spanien seien selbständige, voneinander unabhängige Realitäten, phantastisch sei (Höllhuber, 1967). Nach Krauss (1972) entwickelte sich der *européizado* (europaperfekte Spanier), der in Spanien und im Ausland, vor allem in Deutschland, seine universitäre Bildung genossen hat. "Es ist nicht zu verkennen, daß die Wissenschaft der deutschen Universitäten gleich einem Leuchtturm ihr Licht aussendet auf die Wissenschaft der ganzen gebildeten Menschheit;,, (zit. nach Dessoir, 1915, S. 76) hieß es in einem Manifest spanischer Professoren der Universität Barcelona, das während des I. Weltkrieges verfaßt und in mehreren deutschen Tageszeitungen veröffentlicht worden ist. José Jordan de Urries y Azara fügte in einem Begleitbrief an den Psychologen Max Dessoir (1867-1947)

hinzu: "...es wird hier beifällig kommentiert, daß sie in den jetzigen Zeiten genau so arbeiten wie in Friedenszeiten. Aus Frankreich erhalten wir absolut nichts; es scheint so, als wenn alles lahmgelegt wäre." (zit. nach Dessoir, 1915, S. 77). Das belegt die Affinität zur deutschen Wissenschaft und die Einschränkung der wissenschaftlichen Kontakte zu Frankreich, trotz der politischen Neutralität Spaniens während des I. Weltkrieges. Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts war die Wissenschaft Deutschlands weltweit führend – Nobelpreisträger und originäre Entdeckungen prägten das Ansehen Deutschlands als Land der Wissenschaft. Hinzukam die Effektivität der wissenschaftlichen Forschung durch das naturwissenschaftlich-grundlagenorientierte Universitätsstudium und Forschungszentren wie die Kaiser-Wilhelm-Institute (Nipperdey, 1990). Francisco Ayala, der in den zwanziger Jahren in Deutschland studierte, fand einen treffenden Vergleich, für seine damaligen Erwartungen: "...im allgemeinen dachte man, die Reise nach Deutschland sei von ähnlichem Bildungswert wie in der Renaissance die Reise nach Italien." (Garian & Garian, 1967, S. 293). Für die an Deutschland sich orientierenden Spanier war noch ein weiterer Aspekt von Bedeutung: Die Autonomie der Universitäten, die Unabhängigkeit von Kirche und Staat sowie die gesamte Organisation des Bildungs-, Gerichts- und Gesundheitswesens hatten Modellcharakter. Nicht allein innerhalb der Wissenschaft, sondern generell bestand ein Interesse an der Entwicklung Deutschlands, was sich u. a. darin zeigte, daß die Verfassung der Zweiten Republik in Spanien (1931-1936) an die Verfassung der Weimarer Republik angelehnt war. Nicht nur von spanischer Seite bestanden Interessen, die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu pflegen. Auch von deutscher Seite war Spanien mehr als nur ein politischer Verbündeter. Der Romanist Ernst Robert Curtius (1886-1956) schrieb 1934 im Vorwort zu José Ortega y Gassets Buch „Die Aufgabe unserer Zeit,“:

Die Europäisierung Spaniens, die um 1900 die Geister beschäftigte, steht nicht mehr auf der Tagesordnung, weil Spanien selbst ein wirksamer Faktor des geistigen Europas geworden ist. In dem Geisterkonzil unseres Abendlandes nimmt Spanien heute einen Platz in der vordersten Reihe ein. Es entsendet neue Energien geistigen Schaffens, die wir auffangen müssen

und aufnehmen wollen. Der unbestrittene geistige Führer des jungen Spaniens - und man übersehe das nicht, seiner weiten ibero-amerikanischen Kulturkolonien - ist José Ortega y Gasset. (Curtius, 1934, S. 29).

Curtius betonte nicht nur geistig-kulturelle Verbindungen und die Bedeutung des Philosophen José Ortega y Gasset. Er weist auch darauf hin, daß Spanien das führende Land der hispanischen Welt war und ist. Es wurde und wird von den lateinamerikanischen Ländern als *madre patria* (Mutterland) angesehen. Für das wirtschaftlich aufstrebende Deutschland im 19. Jahrhundert und seinen Wiederaufstieg nach dem verlorenenen I. Weltkrieg war Spanien das Tor zur lateinamerikanischen Welt, die als Absatzmarkt und Rohstofflieferant angesehen wurde. In den lateinamerikanischen Ländern lebten außerdem viele deutsche Auswanderer, die besonders für deutsche hegemonistische Bestrebungen des Kaiserreiches und des nationalsozialistischen Deutschlands offen waren. In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts kamen in Deutschland und in Spanien Militärdiktaturen an die Macht, deren totalitäre Regime kollaborierten (Einhorn, 1960). 1936 griff Hitler, der Bitte Francos folgend, in den Spanischen Bürgerkrieg ein (1936-1939). Höhepunkt des Einsatzes der Legion Condor, Hitlers Luftwaffencorps, das Francos Truppen zunächst von Marokko aufs Festland brachte, 21 Millionen Tonnen Bomben über Spanien abwarf, insgesamt aus 600-700 Flugzeugen und 19000 deutschen Soldaten bestand, war 1937 die Bombardierung Guernicas (Maier, 1975). Die Motive für die deutsche Intervention im Spanischen Bürgerkrieg waren ideologischer, politischer, wirtschaftlicher und militärischer Natur: Sie entsprachen der außenpolitischen Orientierung und dem Antikommunismus des Dritten Reiches. Von einer Unterstützung Francos und dessen Sieg erhoffte sich Hitler mit Spanien einen politisch Verbündeten für den bevorstehenden II. Weltkrieg. Militärische Überlegungen, neue deutsche Waffensysteme im Ernstfall zu testen, spielten ebenfalls eine entscheidende Rolle (Thamer, 1984). Zudem war die deutsche Wirtschaft an Rohstofflieferungen aus den Bergbaugebieten Nordspaniens interessiert. Überall ließen sich in Spanien deutsche Firmen nieder. Techniker und Ingenieure waren in der Industrie Spaniens tätig und wurden unentbehrliche

Fachkräfte (Zur Mühlen, 1992). Während des II. Weltkrieges erklärte Spanien seine Neutralität, unterstützte jedoch 1941 Hitlers Überfall auf die Sowjetunion mit falangistischen Freiwilligenverbänden, die als „Blaue Division,, gegen den gemeinsamen Hauptfeind, den Kommunismus, kämpften. Nach dem II. Weltkrieg waren die deutsch-spanischen Beziehungen in der Bundesrepublik öffentlich zunächst ein Tabuthema. 1952 wurde der deutsche Botschafterposten in Madrid wieder besetzt. Bis Mitte der 60er Jahre profitierten viele ehemalige Nazifunktionäre von den guten Beziehungen zwischen Hitler und Franco. Sie setzten sich, unterstützt von der Katholischen Kirche, oftmals nach Spanien oder über Spanien nach Lateinamerika ab³. Bis zum II. Weltkrieg war die deutsche Sprache in Spanien sehr verbreitet. Während der Francodiktatur verlor sie als Wissenschaftssprache zunehmend an Bedeutung. Bis heute ist Spanien im deutschen Wissenschaftsgebiet recht dürftig verankert (Bernecker & Pietschmann, 1993). Politische und wirtschaftliche Interessen bestimmten primär die Beziehungen, die weniger auf kultureller Verbundenheit und gegenseitiger Freundschaft beruhten.

2.4 Historische Parallelen

Zwischen Deutschland und Spanien gab es einige Gemeinsamkeiten, die nicht nur zum Mythos der Freundschaft zwischen beiden Staaten sondern tatsächlich zur Zusammenarbeit äußerst unterschiedlicher Interessensgruppen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert beigetragen haben. Deutschland und Spanien spielten im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts eine Sonderrolle. Beiden Ländern ging es um einen Anschluß an die führenden kapitalistischen Industrienationen. Während Deutschland nach 1871 in Europa wirtschaftlich führend wurde, konnte Spanien die regionale Zersplitterung und die feudal-agrarischen Verhältnisse nicht überwinden und wirtschaftlich weder mithalten noch an vergangene Größe anknüpfen. Um die Jahrhundertwende vom 19. zum

³ Z. B. Reinhold Vorberg, Organisator der Vergasungstransporte und Hans Hefelmann, der an Planung und Organisation der Euthanasieaktion beteiligt war (Klee, 1992).

20. Jahrhundert war das Deutsche Reich ein kapitalistischer Staat, der feudal, militärisch und bürokratisch überformt war. Die spanische Gesellschaft war eine präkapitalistische Gesellschaft, die mit verzögerter Säkularisierung nicht zur Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse gelangen konnte. Sie war bis 1931 feudal geprägt. Während sich in Deutschland mit der Reichsgründung und der Überwindung der Kleinstaaterei auch ein Bewußtsein für den Nationalstaat entwickelt hatte, entwickelte sich aus dem Nationalgefühl in Spanien kein Staatsbewußtsein. Spanien war zwar einer der ersten zentralisierten Staaten im Europa des 16. Jahrhundert und beherrschte als Imperium die halbe Welt. Der Regionalismus wurde auch mit der Gründung der Zweiten Republik 1931 nicht überwunden. In der deutschen und in der spanischen Geschichte des 19. Jahrhunderts spielte das Militär durch seinen Einfluß auf die Politik traditionell eine herausragende Rolle, in Deutschland durch den preußischen Militarismus als Garant für nationale Größe, Ordnung und Stabilität und in Spanien durch die Liaison zwischen Militär und Kirche und vor allem durch die zahlreichen *pronunciamentos* (Militärrevolten). In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es in Deutschland und in Spanien zum Bevölkerungsanstieg und zur Verstädterung, damit zur Differenzierung innerhalb der Klassengesellschaft. Eine Industriebourgeoisie bildete sich in Spanien im Gegensatz zu Deutschland kaum heraus. In beiden Ländern erhöhten sich um die Jahrhundertwende die Studentenzahlen an den Universitäten. Damit war die Ausdehnung der Wissenschaften und ihre steigende Akzeptanz verbunden. Sie wurden populärer und nicht mehr Privileg des Adels sondern auch des aufstrebenden Bürgertums. Das bedeutete für die Wissenschaft ein Anwachsen ihres Publikums, ihrer Akteure und ihrer Verbreitung über traditionelle Zentren des Wissens, wie die Universitäten, hinaus. Die Wissenschaftsexpansion in Deutschland wurde seit der Reichsgründung 1871 staatlich integriert, institutionalisiert und wirtschaftlich gefördert. In Spanien wurde die bürgerliche Bildungskultur staatlich wenig unterstützt. Sie blieb bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts außerhalb der Universitäten. Diese Entwicklung hatte Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft: Seit in Deutschland die „Göttinger Sieben“, 1837 mit ihrem Protest die Unrechtspolitik im Staate Hannover anprangerten und

aus ihren Erkenntnissen als Wissenschaftler die Legitimation zum politischen Widerstand ableiteten, setzte sich der Nimbus des Professorentums als politischer Wegweiser in Deutschland durch (Reulicke, 1988). In Spanien kam es ebenfalls zur politischen Einflußnahme der Wissenschaftler, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einsetzte und mit den eingeleiteten Reformen 1931/32 während der *República de Profesores* (Republik der Professoren) ihren kurzzeitig erfolgreichen gesellschaftlichen Höhepunkt erlebte. Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts verringerte den kirchlichen Grundbesitz, konnte aber nicht das kulturelle und religiöse Monopol der Katholischen Kirche durchbrechen. Die 1931 proklamierte Trennung von Staat und Kirche wurde nur geduldet. Im zweikonfessionellen Deutschen Reich prägte die Protestantische Kultur und Sozialmoral das Selbstverständnis der Zeitgenossen (Nipperdey, 1990). In Spanien blieb der Einfluß der Katholischen Kirche, besonders des Jesuitenordens, erhalten und lebte während der Francozeit neu auf. In Spanien und in Deutschland wurden die Weimarer Republik und die Zweite Spanische Republik von Diktaturen abgelöst. Die Weimarer Republik war bereits in ihren Anfangsjahren eine bürgerliche Demokratie, die von reformistischen und revisionistischen Arbeiterparteien mitgetragen wurde. Der Nationalsozialismus konnte allmählich die Macht übernehmen. Die Zweite Spanische Republik befand sich seit 1934 durch die asturische Oktoberrevolution in einer Umbruchssituation. Der Sturz der 1936 demokratisch gewählten sozialistischen Volksfrontregierung wurde mit Unterstützung der faschistischen Regimes Deutschlands und Italiens während des Bürgerkrieges (1936-1939) forciert und mit der Errichtung der Militärdiktatur unter Franco vollendet. Im ausgehenden 19. Jahrhundert erstarkte in Spanien und in Deutschland die Arbeiterbewegung. Revolutionäre Ideen gingen in beiden Ländern verschiedene Wege ihrer Verwirklichung: Während sich in Deutschland auf ideengeschichtlicher Grundlage von Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831) zu Karl Marx (1818-1883) ein Sozialismuskonzept durchsetzte, war es in Spanien ein Anarchismuskonzept, das sich ideengeschichtlich von Karl Christian Friedrich Krause (1781-1832) zu Michail Bakunin (1814-1876), der dem Staat keinerlei Bedeutung beimißt, entwickelt hat (Koechlin, 1984). In Deutschland organisierten sich die Arbeiterparteien um Einfluß auf die Politik und

Gesetzgebung des Staates zu erlangen und eine sozialistische Republik aufzubauen. In Spanien organisierten sich ebenfalls Arbeiterparteien, stärker war in Spanien die Rolle der Anarchisten und der Gewerkschaften. Die direkte Aktion wurde von ihnen propagiert und praktiziert. Es entfaltete sich ein kämpferischer Syndikalismus, dessen Ziel in einem *comunismo libertario* (freiheitlichen Kommunismus), einem anarchistischen Kommunismus bestand, der Elemente des deutschen Idealismus vor allem des Philosophen Karl Christian Friedrich Krause integriert hatte (vgl. 4.1).

3. Psychologiegeschichte in Deutschland und in Spanien

Während im vorherigen 2. Kapitel ein sozialgeschichtlicher Rahmen geschaffen wurde, um das vielfältige Umfeld der Psychologie in Deutschland und in Spanien zu skizzieren, wird hier für beide Länder die Entwicklung der Psychologie als moderne Wissenschaft untersucht. Zunächst werden die wichtigsten Strömungen und Entwicklungslinien der Disziplingenese der Psychologie seit dem 19. Jahrhundert dargestellt. Es folgen Institutionalisierungsprozesse, Schulen und Anwendungsgebiete. Auf die Psychologie in Berlin, Madrid und Barcelona wird gesondert eingegangen. Aufgrund der geringen Kenntnis um die Geschichte der spanischen Psychologie und ihrer Vertreter in Deutschland werden Leben, Werk und Wirkung der in Spanien bekanntesten Psychologen in Kurzbiographien vorgestellt. Während des 19. Jahrhunderts begann in Deutschland und in Spanien ein Funktions- und Strukturwandel der Wissenschaft, der durch Empirisierung und Methodisierung der Gegenstandsbereiche gekennzeichnet war. Das führte zu institutioneller Selbständigkeit, zur Erschließung neuer Anwendungsfelder und zur Professionalisierung einzelner Fachdisziplinen als Folgen dieser Entwicklung. In ganz Europa änderte sich das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Wissenschaft und verlangte differenziertere Organisationsformen. Es entstanden nationale Wissenschaftsakademien, Naturwissenschaftsmuseen und Vereine für Naturwissenschaftler und Mediziner. Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin erhielt 1810 und 1838 neue Statuten. 1847 wurde in